

Resolution von Präsidium und Vorstand des BDE

## **KEIN RECYCLING OHNE PRODUZIERENDE INDUSTRIE**

Die Mitgliedsunternehmen des BDE appellieren mit Nachdruck an die Bundesregierung, umgehend geeignete Maßnahmen für die produzierende Industrie in Deutschland zur Entlastung bei den Energiekosten (Strom, Gas, Diesel) durchzusetzen.

Denn die bereits jetzt festzustellenden Standortschließungen und Produktionsdrosselungen bei den Herstellern gefährden auch die Strukturen der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft und damit einen der unverzichtbaren Wege in eine klimaneutrale Zukunft für den Industriestandort.

Der BDE stellt fest, dass die deutsche Entsorgungswirtschaft für viele Stoffströme eine gute Sammlungs- und Aufbereitungsinfrastruktur aufgebaut hat. Diese Struktur ist darauf angewiesen, dass die gesammelten und aufbereiteten Mengen auch von der Industrie aufgenommen und verarbeitet werden können. Wenn diese Industrie nicht mehr zur Verfügung steht, verlieren Getrenntsammlung und Aufbereitung ihre wirtschaftliche Basis.

In der unmittelbaren Folge gerät somit auch die gesamte Recyclinginfrastruktur der Sammlung und Aufbereitung insgesamt in Gefahr. Ist diese jedoch einmal weggebrochen, wird sie auch nicht kurzfristig wieder aufgebaut werden können.

Unverzichtbar ist zudem eine bestmögliche Flexibilität der Behörden im Hinblick auf die Genehmigungspraxis für den Anlagenbetrieb.

Die öffentliche Verwaltung muss das Weiterlaufen der Anlagen auch dann mit Ausnahmegenehmigungen vorübergehend ermöglichen, wenn dort etwa Grenzwerte infolge nicht mehr vorhandener Zusatzstoffe gehalten werden können.

Deutschland ist klima-, energie – und rohstoffpolitisch auf seine Kreislaufwirtschaft angewiesen. Wer diese jetzt gefährdet, wird auch die Zielvorstellung einer zirkulären Wirtschaft nicht erreichen. Es muss jetzt gehandelt werden, um den Wirtschafts- und Recyclingstandort Deutschland zu erhalten.

Berlin, den 15. September 2022